

IHK-POSITION



## Bildungspolitik ist Standortpolitik

Für einen leistungsfähigen Bildungssektor in MV

# Bildungspolitische Position der Industrie- und Handelskammer zu Rostock

Die Qualität der Bildung beeinflusst entscheidend die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Die Industrie- und Handelskammer zu Rostock bezieht Position für einen leistungsfähigen Bildungssektor in Mecklenburg-Vorpommern und beteiligt sich als Interessenvertreterin der regionalen Wirtschaft an der politischen Diskussion. Bildungspolitik ist Standortpolitik. Versäumnisse in der Bildung beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Deshalb ist eine enge Kooperation aller am Bildungsprozess Beteiligten zwingend notwendig, um die Herausforderungen des demografischen Wandels angesichts des Wettbewerbs der Ausbildungswege, der Wirtschaftszweige, der Unternehmen und der Regionen um die besten Köpfe zu bewältigen.

- Die Wirtschaft ist davon überzeugt, dass die ständige Qualifizierung ihrer Mitarbeitenden einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil darstellt. Sie wird daher am lebensbegleitenden Lernen festhalten und sich für die fortlaufende Modernisierung der Aus- und Weiterbildungsordnungen einsetzen.
- Die Mitgliedsunternehmen der IHK zu Rostock zeigen sich verantwortlich, die Qualität in der Ausbildung nachhaltig zu sichern und den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen.
- Es gehört zum Selbstverständnis der regionalen Wirtschaft, die Kooperationen der Schulen und Hochschulen des Landes mit der Wirtschaft sowie die Verbindungen zwischen Schulen/Hochschulen und Betrieb als Lernorte weiter auszubauen.

Die Industrie- und Handelskammer zu Rostock unterstützt die Landesregierung bei der Gestaltung eines Bildungssystems, das junge Menschen in die Lage versetzt, Antworten auf die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen zu finden. Die bildungspolitischen Weichenstellungen wird sie, wenn notwendig, einer kritischen Bewertung unterziehen.

**Sie sieht in folgenden Feldern Handlungsbedarf:**

## 1. Schule

Die Wirtschaft erwartet von der Schule, dass sie Begabungen fördert und Leistungen fordert. Alle Bildungspotentiale sind auszuschöpfen. Schulische Bildung muss mehr als bisher daran gemessen werden, dass Schulabgängerinnen und Schulabgänger die notwendigen Kompetenzen für einen erfolgreichen Übergang in die anschließenden Qualifizierungswege mitbringen. Dies betrifft Wissen und Fertigkeiten ebenso wie soziale und persönliche Reife.

Wir fordern:

- Bund und Länder sollen bei der Gestaltung der Bildung in Schulen und Hochschulen mehr und dauerhaft kooperieren. Bundesweit sollten einheitliche Bildungsstandards in den Schulen umgesetzt werden, die einen verbindlichen Kanon der Allgemeinbildung widerspiegeln. Vergleichbare Abschlussprüfungen in den Ländern sichern die Transparenz der Bildungssysteme der Länder. Damit erhöht sich für die Unternehmen zugleich die Transparenz über die Leistungen der Schulen.
- Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss und ausreichende Kompetenzen ist zu minimieren. Der Lehrstoff ist deutlich praxisorientierter und lebensnäher zu gestalten. Schule muss junge Leute auf die Herausforderungen der alltäglichen Lebensführung vorbereiten. Dafür braucht es auch Orientierungswissen über wirtschaftliche Zusammenhänge.
- Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter müssen generell an Grund- und weiterführenden Schulen eingesetzt werden. Der Berechnungsschlüssel soll sich nach Lage, sozialem Umfeld und Größe der Schule richten.
- Inklusion erfordert eine intensive Kooperation aller für die soziale und gesellschaftliche Integration benachteiligter Menschen zuständigen Institutionen. Sie kann nicht allein Aufgabe der Schulen sein. In den Schulen ist die personelle Situation quantitativ wie auch hinsichtlich der fachlichen Expertise für inklusives Lernen anzupassen. Ausgebildete Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen gehören zum Kollegium an jeder Schule.
- Die Zuweisung an Lehrerstunden hat mit einem Spielraum, der den Schulen angemessene Klassenbildungen erlaubt, zu erfolgen. Bei der Größe der Klassen ist sicherzustellen, dass differenzierender Unterricht, der individuelle Begabungen fördert, möglich ist.
- Selbstständige Schule: Schulleitungen brauchen mehr Entscheidungsspielräume für die Lösung spezifischer Problemlagen vor Ort. Das bedeutet vor allem auch Budgetverantwortung. Bei großen Schulzentren sollte es eine pädagogische und eine organisatorische Leitung geben.

## Berufsorientierung/Ausbildungsreife

Der Übergang von Schule in Ausbildung oder Studium muss strukturiert erfolgen. Ziel dabei ist die Stärkung der individuellen Berufswahlkompetenz jedes Jugendlichen, unabhängig von Bildungsziel, Schulart und sozialer Herkunft. Schulabgängerinnen und Schulabgänger müssen fachliche, persönliche und soziale Kompetenzen besitzen, die den Erwartungen der Ausbildungsbetriebe entsprechen. Die gezielte und nachhaltige Berufsorientierung in der Schule hat dabei eine Schlüsselfunktion und ist nach vergleichbaren Qualitätskriterien zu sichern.

Wir fordern:

- Verbindliche Mindestanforderungen an schulische Allgemeinbildung müssen ein Kompetenzniveau beschreiben, das eine erfolgreiche berufliche Ausbildung ermöglicht. Die Anschlussfähigkeit der Schulbildung an die Anforderungen in den weiterführenden Bildungseinrichtungen (Berufsschulen, Betriebe, Hochschulen) muss sichergestellt sein.
- Ab Klasse 7 führt jeder Schüler ein Portfolio (z. B. Berufswahlpass) zur Berufsorientierung. Praktika sind selbstverständlicher Bestandteil jeder Berufsorientierung.

Eine Vor- und Nachbereitung in der Schule und mit den Praktikumsinstitutionen ist sinnvoll, damit das Praktikum einen positiven Impuls für die Berufswahl setzen kann.

- Berufsorientierung, die auf einen erfolgreichen Anschluss nach dem Schulabschluss gerichtet ist, bindet zwingend externe Partner ein. Die Angebote von ausbildenden Institutionen sind dabei zu bevorzugen, weil sie eine realistische Option auf den direkten Übergang in Ausbildung in sich tragen.

## Lehrkräfte

Den Lehrkräften an unseren Schulen kommt eine Schlüsselrolle zu, wenn es darum geht, die Abhängigkeit des Lernerfolgs von der sozialen Herkunft zu reduzieren. Wir brauchen eine Kultur der Verantwortlichkeit einer jeden Lehrerin und eines jeden Lehrers für den einzelnen Schüler.

Wir fordern:

- Die pädagogische Ausbildung, die Umsetzung der Inklusion sowie eine angemessene Anzahl an schulpraktischen Übungen müssen wesentlicher Bestandteil des Lehramtsstudiums sein. Idealerweise ist für das Lehramt eine Struktur angelehnt an duale Studiengänge zu bevorzugen.
- Da die Vermittlung von Berufswahlkompetenz eine Querschnittsaufgabe ist, gehören Berufsorientierung und eine grundlegende ökonomische/sozialwissenschaftliche Bildung als Pflichtmodule in jedes Lehramtsstudium.
- Betriebspraktika für Lehrer sollen regelmäßig angeboten und genutzt werden.
- Die Personalplanung des Landes muss sich an den bildungspolitischen Herausforderungen messen lassen. Um Stundenausfälle zu vermeiden, muss die personelle Ausstattung der Schulen eine Reserve für Vertretungen beinhalten.
- Die Vorhaben aus dem DigitalPakt Schule sowie die Kompetenzen, die die Kultusministerkonferenz für das Lernen in der digitalen Welt vorgibt, müssen schnell und pragmatisch umgesetzt werden. Fehlen den Schulabgängerinnen und Schulabgängern für die Herausforderungen der Zukunft unerlässliche Kompetenzen, laufen Deutschland und MV Gefahr, wirtschaftlich ins Hintertreffen zu geraten.

## II. Ausbildung

Für die Unternehmen ist die duale Berufsausbildung nach wie vor das wichtigste Instrument der Personalbeschaffung und -entwicklung. Sie muss deshalb weiter gestärkt werden.

Wir fordern:

- Der Bestand an anerkannten Ausbildungsberufen soll so konzentriert werden, dass bestehende Gemeinsamkeiten innerhalb von Berufsgruppen verstärkt und Ausbildung sowie Beschulung standortnah realisierbar sind. Die Bandbreite von Berufen, die eine zweijährige Ausbildung mit Anschluss an einen dreijährigen Beruf ermöglichen, sollte ausgeweitet werden.

- Für eine wohnort- und betriebsnahe Beschulung ist das Prinzip „Dual mit Wahl“ bei der Novellierung und Konzeption von Ausbildungsordnungen konsequent zu berücksichtigen. „Dual mit Wahl“ ermöglicht eine stärkere Differenzierung innerhalb von Berufen und trägt so den Bedarfen der Wirtschaft nach passgenauen Qualifizierungen Rechnung.
- Die Berufsschulen sind als Partner der Wirtschaft bei der Qualifizierung von Fachkräften zu stärken. Die zunehmende Digitalisierung in der Wirtschaft stellt die Berufsschulen vor die Herausforderung, die sich dynamisch entwickelnden Kompetenzanforderungen an Fachkräfte schon frühzeitig in der Ausbildung zu entwickeln und die jungen Menschen zum lebensbegleitenden Lernen zu befähigen. Sie müssen daher bei der Digitalisierung der Schulen Vorreiter sein. Weitere politische Forderungen sind dem **Positionspapier „Für starke Berufsschulen in Mecklenburg-Vorpommern“** der IHK zu Rostock zu entnehmen.
- Die wechselseitige Durchlässigkeit zwischen den Qualifizierungswegen beruflicher und akademischer Bildung ist weiter voranzutreiben.
- Das duale System ist international z. B. durch Bildungsexport zu stärken. Das erleichtert auch Zuwanderung. Menschen, die im Ausland eine duale berufliche Ausbildung nach deutschen Standards erfolgreich absolviert haben, finden leichter Zugang und Akzeptanz ihrer Abschlüsse auf dem deutschen Arbeitsmarkt.
- Die Novellierungsverfahren für Ausbildungsordnungen müssen deutlich verkürzt werden.

## Berufliche Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen

Viele Arbeitskräftereserven werden bislang nicht ausreichend erschlossen. Durch lebensbegleitendes Lernen wird neben dem Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit die Bewältigung der sich fortwährend weiterentwickelnden Anforderungen im Berufsleben sichergestellt.

Wir fordern:

- Durch die Pandemie hat sich der Wandel des Weiterbildungsmarktes weiter beschleunigt. Der Trend geht zu kürzeren, individuell zugeschnittenen und zudem digitalen Formaten, die eine Qualifizierung „on demand“ ermöglichen. Diesen Weg gilt es, konsequent fortzusetzen und zu fördern.
- Gleichzeitig bleibt die Höherqualifizierende Berufsbildung mit ihren wichtigen Abschlüssen, die einen beruflichen Aufstieg ermöglichen und den Hochschulabschlüssen gleichgestellt sind, ein attraktiver Weg für viele Beschäftigte. Für die Unternehmen ermöglichen sie eine bedarfsgerechte, berufsbegleitende Personalentwicklung. Sie sind daher weiter zu fördern und weiterzuentwickeln.
- Die finanzielle Förderung beruflicher Bildung muss so ausgestaltet sein, dass sie für die Beschäftigten einen Anreiz zur Qualifizierung schafft. Durch lebensbegleitende Weiterbildung wird die Beschäftigungsfähigkeit erhalten.

- Die Subsidiarität und die Selbstregulierung der beruflichen Weiterbildung sind zu sichern. Gleichzeitig sollte die Kooperation zwischen den Agenturen für Arbeit, der Wirtschaft und den Kammern weiter gestärkt werden. So können die Qualität der Weiterbildung ständig optimiert und schnell und unkompliziert bedarfsgerechte Angebote entwickelt werden.
- Formales und informelles Lernen an verschiedenen Lernorten sind zu akzeptieren und zu fördern.

### III. Hochschule

Attraktive, leistungs- und wettbewerbsfähige Hochschulen sind mit ihren Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten Impulsgeber für neue Produkte und Technologien sowie für innovative Dienstleistungen in der Wirtschaft. Von ihnen wird ein noch stärkerer Beitrag zur Struktur- und Standortentwicklung Mecklenburg-Vorpommerns erwartet.

Wir fordern:


- Den Hochschulabsolventen sind neben fundiertem Wissen verstärkt berufliche Handlungskompetenzen zu vermitteln. Lehre und Forschung an den Hochschulen sind wirtschafts- und nachfrageorientierter zu gestalten.
- Aufgabe der Hochschulen ist es, gemeinsam mit der Wirtschaft neue innovative Studiengänge zu konzipieren, die auf einen Bedarf am Arbeitsmarkt treffen. Die Anzahl dualer und berufsbegleitender Studiengänge ist weiter zu erhöhen.
- Lehrer sind in allen beruflichen Fachrichtungen in ausreichender Anzahl und in hoher Qualität auszubilden. Dazu braucht es eine fachbezogene Lehrerbedarfsanalyse, die den tatsächlichen Bedarf im Land abbildet und auf entsprechende landeseigene Ausbildungskapazitäten setzt. Das schließt eine wirtschaftsnahe Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern, die Kenntnisse über Berufe und die Arbeitswelt vermitteln hilft. Den Absolventinnen und Absolventen sind wettbewerbsfähige Angebote zu unterbreiten, um sie zum Verbleib in Mecklenburg-Vorpommern zu motivieren.
- Die Abbruchquote an den Hochschulen muss reduziert werden. Die Qualität von Lehre sollte daran gemessen werden, wie Studierende dabei unterstützt werden, das Studienziel zu erreichen.

## Impressum

### Herausgeber:

IHK zu Rostock  
Ernst-Barlach-Str. 1-3  
18055 Rostock  
 0381 338-0  
 rostock.ihk.de

### Ansprechpartner:

Berit Heintz  
Leiterin des Geschäftsbereiches Aus- und Weiterbildung  
 0381 338-500  
 heintz@rostock.ihk.de

### Gestaltung:

IHK zu Rostock

### Bildnachweis:

Titel: © contrastwerkstatt/stock.adobe.com

Stand: 22.02.2022

Alle Rechte liegen bei der Herausgeberin. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung der Herausgeberin gestattet.